„Der Courier"
Ein Organ deutschsprechender Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS' ASSOCIATION, LIMITED"
J. W. Ehmann,
Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Redakteur.
Geschäftslokal: — 1835-1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Telephon 3391
Abonnementspreis (im voraus zahlbar):
Wöchentliche Ausgabe, 12—32 Seiten stark.
Für Canada: Ein Jahr, $2.50; sechs Monate, $1.25; drei Monate 75c; ein Monat, 35c.
Für's Ausland: Ein Jahr, $3.50; sechs Monate, $2.00; drei Monate, $1.00; ein Monat, 50c.
Reklame kosten 70c per Zoll einspaltig. Bei größeren Kontrakten entsprechender Rabatt.
Kleine Anzeigen wie „Zu verkaufen", „Gesucht", usw.:
Für jede Anzeige 1 Zoll einspaltig 75c; für jede weitere Insertion 50c.
Für jede Anzeige 2 Zoll einspaltig $1.25; für jede weitere Insertion 90c.

Die revolutionäre Bewegung in Großbritannien

Vor dem Kriege konnte der Sozialismus auf den britischen Inseln kaum richtig Fuß fassen. Die englischen Arbeiterverbände beschränkten sich auf rein gewerkschaftliche Methoden, ohne irgendwelchen größeren politischen und idealen Zielen nachzujagen. Erst die Kriegsverhältnisse haben zu einer verstärkten Radikalisierung der Arbeitermassen geführt, als die Opfer an Gut und Blut selbst den phlegmatischen Engländern auf die Nerven gingen, als der unbeschränkte deutsche Unterseebootkrieg in den Jahren 1917 und 1918 die Magenfrage immer schwieriger machte und als mehr und mehr Nachrichten von der Front über Ungerechtigkeiten und Tölpeleien in den dort kämpfenden englischen Truppenverbänden durchsickerten. Da kam eine Gärung in die englischen Massen, wie sie John Bull seinen sonst so flegmatischen und gemütlichen Landeskindern gar nicht zugetraut hatte. Doch wie sollte die wachsende Unzufriedenheit greifbare Formen annehmen können, da die großkapitalistische Presse mit ihrer unheimlich wirksamen Hetzpropaganda gegen den äußeren „Feind" Millionen und Abermillionen von Köpfen beherrschte und immer wieder neue aufreizende Schlagworte in das Volk hineinwarf, das diese Phrasen bei der geringen allgemeinen englischen Bildung gierig in sich aufnahm und ohne jedes Unbehagen verdaute? Zudem waren ja verschiedene britische „Arbeiterführer" mit geradezu raffinierten Mitteln für die Sache des Durchhaltens bis zum Siege gewonnen. Sie trabten wie treue Hündchen hinter den „Knockout"-Militaristen her. Zum Glücke trat auch noch rechtzeitig der Zusammenbruch der Mittelmächte ein, sodaß man zunächst weiterer Sorgen um die zunehmende Radikalisierung der Massen enthoben war. Immerhin mußten die „Arbeiterführer" sich im Herbst 1918 zu einer mehr sozialistischen Färbung des Programmes der Arbeiterpartei entschließen, um auf diese Weise dem Drängen der Stürmer in etwa Rechnung zu tragen.

War es während des Krieges gelungen, die revolutionären Kräfte niederzuhalten, so hat die Nachkriegszeit mit ihrer schweren wirtschaftlichen Krise, mit der daraus sich ergebenden Arbeitslosigkeit von Millionen, mit der demoralisierenden Wirkung der „Doles", mit der außenpolitischen Unfähigkeit der verschiedenen Regierungen den radikalen Zündstoff um ein Beträchtliches vermehrt. Alle Beschwichtigungsversuche der „Arbeiterführer", dieser Handlanger des britischen Großkapitals, konnten nur die ganz Beschränkten noch betören. Die Regsameren wanderten mehr und mehr auf die revolutionäre Seite ab. Und heute stehen wir vor der unleugbaren Tatsache, daß die englischen Kommunisten sich mit hetzerischen Aufrufen an die Arbeiterpartei und an die Gewerkschaften wenden und sie öffentlich zur Umsturzpropaganda unter den Mannschaften des Heeres und der Flotte anzuspornen suchen. Natürlich erheben auch die „Arbeiterführer" sofort ihre Stimme, erklären die kommunistischen Putschversuche als lächerliches Beginnen und betonen die Loyalität der Arbeiterpartei und der Gewerkschaften. Folglich brauchen sich die Börsen- und Industriemagnaten, die Kohlenbarone und die Handelskapitäne nicht weiter in ihrer Nachtruhe stören zu lassen. Oder entwickelt sich doch in den englischen Arbeitermassen langsam eine revolutionäre Bewegung, die man zunächst zur Totschweigen sucht, um sie inzwischen auf Schleichwegen unschädlich zu machen? Die englische Presse in diesem Lande ist zu unzuverlässig, als daß man sich aus ihr ein genaues Bild von der tatsächlichen Lage machen kann. Die britische Wurde muß wenigstens dem Scheine nach gewahrt werden, wenn auch in die Glieder John Bulls eine knieschlotternde Angst ob solch unerhörter Nachrichten hineinfährt. Denn darüber ist man sich in den Reihen aller einsichtigen Briten klar, daß mit einer Revolution im „Motherland" die Herrlichkeit des britischen Reiches alsbald ein Ende hätte.

Wir in Canada können an der Entwicklung auf den britischen Inseln nicht gleichgültig und teilnahmslos vorübergehen. Bekanntlich besteht ein „British Empire Settlement Act", mit dessen Hilfe die Londoner Regierung möglichst viele von den britischen Arbeitslosen in die englischen Kolonien, auch Dominions genannt, abschieben möchte. Von 3 Millionen englischen Pfund soll Canada die Hälfte aufwenden, um diesen radikalisierten Arbeitslosen über den Ozean herüberzuhelfen und ihnen eine kräftige Unterstützung für die Ansiedlung zu gewähren. Sir George E. Foster, der bekannte canadische konservative Politiker, hat bei seinem Besuche in Regina selbst zugegeben, daß es der britischen Regierung bei der Massenauswanderung in die Dominions um eine Erleichterung der Arbeitslosenfrage zu tun sei. Mit anderen Worten: Canada, Australien usw. sollen sich glücklich schätzen und vielleicht sogar noch Freudentränen weinen, daß man ihnen die Ehre zugedacht hat, möglichst viele von diesem „good old stock" in ihre Länder aufzunehmen. Nun sind wir aber gerade gegenteiliger Anschauung. Das canadische Volk ist mit Recht ein Feind des Bolschewismus und kann daher auch kein Interesse daran haben, britischen Bolschewiken, die mit den verrückten Ideen der Weltrevolution verseucht sind, Eingang in sein Land zu gewähren. Wenn es wahr ist, das Sir George Foster der Regierung in Ottawa zum Vorwurfe macht, daß sie nämlich sich zu wenig um die Ausführung des britischen Siedlungsaktes kümmere, so haben wir vielmehr allen Grund, dem Premier Mackenzie King und seinen Ministern dafür dankbar zu sein. Denn wir brauchen in Canada keine Leute mit revolutionären Neigungen, sondern ehrlich schaffende, mit der Landwirtschaft vertraute Männer, die dem Westen zu weiterem Gedeihen verhelfen wollen. Großbritannien kann diese Männer nur in ganz beschränktem Maße liefern. Folglich müssen die Blicke der canadischen Einwanderungsstellen auf geistig und körperlich gesunde Einwanderer aus Mitteleuropa mit den nötigen praktischen Erfahrungen immer wieder hingelenkt werden.

Weltumschau

Deutschland.

Nachdem seit zwei Wochen das ganze Ruhrbecken von Franzosen und Belgiern frei ist, haben die Alliierten nunmehr auch die Räumung der sogenannten „Sanktionsstädte" Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort in Angriff genommen. Mit Düsseldorf ist der Anfang gemacht worden. In aller Morgenfrühe begann der Auszug der Franzosen und dauerte bis in die Nacht hinein an. Die Stadt ist nunmehr so ziemlich frei von der Fremdenherrschaft. Das Polizeihauptquartier und die verschiedenen Kasernen, in denen die Soldaten einquartiert waren, und den städtischen Behörden wiederum zugestellt worden. Auch die zahlreichen Privathäuser, welche von den französischen Offizieren und ihren Familien bewohnt waren, sind wiederum frei und konnten ihren Eigentümern zurückgegeben werden. Angesichts der in Düsseldorf herrschenden Wohnungsnot, wird der Abzug der Franzosen besonders willkommen geheißen, da man sich von ihm wenigstens in etwas eine teilweise Erleichterung der Lage verspricht. Duisburg und Ruhrort sollen nun nacheinander an die Reihe kommen und bis Ende der Woche dürfte kein einziger Franzose oder Belgier mehr in diesen „Sanktionsstädten" vorzufinden sein. Der rasche Abzug der französischen Truppen aus dem Ruhrgebiet und den „Sanktionsstädten" wird hier, abgesehen davon, daß er unter dem Londoner Abkommen vom Jahr 1923 zu einer Bedingung der Durchführung des Dawes-Planes gemacht wurde, in erster Linie auf den Stand der Dinge in Marokko zurückgeführt. Frankreich braucht eben seine Kolonialtruppen in Nordafrika, um sie gegen Abd el Krim ins Feld führen zu können; deshalb wurden sie aus Deutschland zurückgezogen.

Eine der größten finanziellen Transaktionen seit dem Kriege ist in Unterhandlung und angeblich dem Abschluß nahe. Es handelt sich um den Verkauf der ungeheuren Interessen der Gebrüder Mannesmann in der spanischen Protektoratszone in Marokko und in dem Rifgebiete an ein englisch-amerikanisches Syndikat. Die Namen der Mitglieder dieses Syndikates werden vorläufig geheim gehalten. Die Besitzungen der Gebrüder Mannesmann in Marokko schließen Hafenbauanlagen in Alhucemas und anderen Hafenstädten der Küste, Zink- und Schwefelgruben und andere Bergwerke und ausgedehnte Ackerbauländereien ein. Der Beweggrund zu dem Verkauf soll sein, daß die Gebrüder Mannesmann bei Fortsetzung ihrer geschäftlichen Tätigkeit in Marokko früher oder später politische Verwicklungen erwarten. Seit dem Kriege haben die Mannesmanns das Hauptaugenmerk auf nähere Geschäftsverbindung mit den Balkanstaaten gerichtet und dort auch in industrieller Hinsicht Fuß gefaßt. Angeblich planen sie, ihre Tätigkeit mehr auf den Balkan und den Nahen Osten zu konzentrieren. Die Unterhandlungen sind noch nicht ganz abgeschlossen, man erwartet aber, daß sich der Kaufpreis auf viele Millionen Pfund Sterling belaufen werde. Die vorkriegszeitlichen Besitzungen der Gebrüder Mannesmann in Marokko umfaßten 2000 Bergbaukonzessionen, 14 Fabriken und 90,000 Hektar Land (ungefähr 222,000 Acker). Während die innerhalb der französischen Zone gelegenen Güter durch den Versailler Vertrag automatisch liquidiert wurden, ist die Firma in vollem Besitz ihres Eigentums innerhalb der Grenzen der spanischen Protektoratszone verblieben. Dieses Eigentum ist jetzt Gegenstand der Verkaufsunterhandlungen.

Unstimmigkeiten mit den Bankiers, die die Geschäfte des verstorbenen Hugo Stinnes abwickelten führten dazu, daß der älteste Sohn Edmund nicht in der Lage ist, 100,000 Mark aufzutreiben, um den 2000 Angestellten der ihm gehörigen Aga Motor Werke in Berlin die Löhne zu bezahlen. Es besteht daher, für ihn Gefahr, daß er die Fabrik schließen muß. Es wird berichtet, daß sich Edmund Stinnes an die preußische Regierung um Hilfe in der Form eines Kredits für 3 Million Mark gewandt hat, welchen Schritt er damit begründet, daß es den nationalen Interessen zuwiderlaufen würde, wenn er gezwungen wäre, die Fabrik zu schließen, wodurch Tausende von Arbeitern beschäftigungslos werden würden. Sein Ersuchen wurde dem Handelsministerium überwiesen. Inzwischen macht Edmund Stinnes die verzweifeltsten Anstrengungen, die Banken zur Nachgiebigkeit zu bewegen und ihm die erforderlichen Gelder vorzuschießen, um die Löhne bezahlen zu können. Die Aga-Werke beschränken sich auf die Fabrikation eines kleinen Automobils, das in Deutschland einen guten Absatz findet. Sie fabrizieren monatlich 500 Automobile. Edmund Stinnes hat die Absicht, die Produktion durch Adoptierung amerikanischer Methoden zu vergrößern. Es verlautet, der Vertreter einer großen amerikanischen Automobilfabrik habe bedingungsweise Anerbietungen gemacht zum Ankauf der Aga-Werke behufs Massenherstellung wohlfeiler Automobile.

Oesterreich

Nicht weniger als 50 oder 60 Personen wurden bei einem Zusammenstoß zwischen der Polizei und antisemitischen Demonstranten verwundet, einige davon erlitten schwere Verletzungen. Viele Frauen wurden im Gedränge niedergeworfen und getreten. Die Demonstrationen fanden als Protest gegen den in Wien tagenden 14. Weltkongreß der Zionisten statt. Eine antisemitische Protestversammlung, die einberufen war, wurde von der Polizei verboten, aber dessenungeachtet sammelten sich in den Straßen große Menschenmengen an. Prozessionen zogen unter Vorantragung von Kreuzen durch die Straßen und weißgekleidete Mädchen trugen Banner mit Aufschriften, die den christlichen Charakter der Stadt Wien betonten. Der blutige Zusammenstoß ereignete sich am Freiheitsplatz. Als die Demonstranten wieder Polizisten von den Pferden herunterzogen, hieben die Polizisten mit blanken Waffen auf die Menge ein und trieben sie zurück. Alle jüdischen Geschäfte waren schon in den Nachmittagsstunden geschlossen worden, ebenso die Kaffeehäuser. Eine Abteilung von Demonstranten suchte die nach dem jüdischen Distrikt führenden Brücken zu stürmen, wurde aber von der Polizei zurückgetrieben. Es sind unverbürgte Gerüchte im Umlauf, daß das Exekutivkomitee in Erwägung gezogen hat, den Kongreß nach einer anderen Stadt zu verlegen. Obgleich die Wiener Polizei 6000 Mann stark ist, ist sie kaum imstande, angesichts der großen demonstrierenden Mengen die Ordnung aufrechtzuerhalten. Eine Gruppe von Zionisten, die auf einem gemieteten Dampfer einen Ausflug auf der Donau machten, wurde von Bewohnern eines Ortes gesteinigt und bei Korneuburg wurde auf den Dampfer geschossen.

Die Versammlung des Kongresses wird von 500 Polizisten Tag und Nacht bewacht. Zu dem Kongreß sind schon mehr als 400 Delegaten eingetroffen.

Italien

Es wird berichtet, daß arabische Rebellen auf der Karawanenlinie zwischen Aegypten und Cyrenaica auf eine italienische Abteilung einen Angriff unternommen hatten. Major Ruggero, Graf Gallaratti und ein Beamter des Kolonialministeriums wurden schwer verwundet und deren Karawane vernichtet. Die Aufgabe der Abteilung bestand darin, Schmuggel zu unterdrücken.

Eine weitere Depesche aus Bengasi, Cyrenaica, besagt, daß Major Ruggero und Graf Gallaratti-Scotti in einen Hinterhalt geraten, während sie die Grenze von Aegypten-Cyrenaica, bloß von 20 Mann begleitet, patrouillierten. Der Graf sah als erster eine Kolonne von Arabern, die Herden von Schafen, Kamelen und Eseln vor sich her trieben; statt auf Kommando zu halten, versuchten sie zu entfliehen. Der Graf gab aus seinem Revolver drei Schüsse in die Luft ab, worauf die Araber ihre Hände hoch hielten, zum Beweise, daß sie nicht bewaffnet waren. Als sich der Graf und Major Ruggero denselben näherten, schossen jedoch die Araber aus Gewehren auf sie und verwundeten beide in der Brust. Als dann die Araber die Flucht ergreifen wollten, wurden sie von der italienischen Begleitung überholt und deren Gewehrfeuer verursachte unter den Rebellen viele Verwundungen.

Frankreich

Der Nationalkongreß der sozialistischen Partei nahm einen Beschluß an, daß keinem Mitgliede erlaubt sein soll, ein öffentliches Amt anzunehmen oder Mitglied eines Ministeriums zu werden. Ein Versuch, diesen Beschluß durch Stimmeneinheit zu erzielen, scheiterte. Der von dem Parteiführer Leon Blum gestellte Antrag gegen Beteiligung an irgend einem Ministerium, erhielt 2210 Stimmen. Pierre Renaudels Gegenantrag erhielt 559 Stimmen. Herr Blum beantragte auch, daß die Sozialisten das gegenwärtige Ministerium nicht unterstützen sollten, aber irgend einer Regierung, die sich aufrichtig bemühe, die Forderungen des Proletariats durchzusetzen, ihre Unterstützung zuwenden sollten.

Marokko

Spaniens Bemühungen, mit Abd-el-Krim, dem Führer der Riffkrieger, ein freundschaftliches Abkommen über die marokkanische Frage zu erzielen, wurden in einer Bekanntgabe der spanischen Regierung veröffentlicht. Dieselbe besagt, daß die spanische Regierung Abd-el-Krims Friedensbedingungen als „unmöglich" verworfen habe, da er die absolute und bedingungslose Unabhängigkeit des Riffstammes, die Lieferung großer Mengen neuen Kriegsmaterials seitens Spaniens, darunter auch von Aeroplanen, und eine bedeutende Barentschädigung beanspruchte. Die Bekanntgabe fügt hinzu, daß alle Friedensunterhandlungen wegen der Unaufrichtigkeit des Maurenführers fehlschlugen, während die spanische Regierung behauptet, den Riffkriegern großzügige Friedensbedingungen angetragen zu haben. Die spanische Regierung befinde sich mit Frankreich in vollem Einverständnis bezüglich der marokkanischen Frage und fühle sich daher verpflichtet, Frankreich von seinen Friedensvorbesprechungen mit den Aufständischen zu unterrichten.

Ein französisches Armeekorps säubert zur Zeit das Thoul-Gebiet nördlich von Taza. Es ist dies, obwohl in großem Maßstab ausgeführt, immerhin nur eine örtliche Kriegsoperation und soll bereits den Beginn der großen Offensive darstellen. Ehe diese beginnen kann, müssen alle Verbindungslinien in Ordnung gebracht sein, ebenso der Train- und Transportdienst perfekt sein. Infolge Herstellung einer Fühlung mit den spanischen Truppen ist Quezzan außer Gefahr. Eine gemeinsame Offensive ist somit ermöglicht. Wann diese beginnt, hängt von Marschall Petain ab. Manche bisher feindselige oder wankelmütige Riffstämme wollen sich wieder unterwerfen.

Großbritannien.

Der radikale Arbeiterführer A. J. Cook, Sekretär des Bergleuteverbandes, erklärte in einer Versammlung von Bergleuten und andern Arbeitern in Wales bei Besprechung der abgemeldeten Kohlenkrisis unter begeisterten Beifallsbezeugungen, ein Kohlenstreik wie der kürzlich abgewendete hätte mit seinem titanenhaften Kampfe zwischen den Bergleuten und Zechenbesitzern eine Revolution bedeutet. Cook erklärte, mit dem Erfolg der Kohlengräber, welche die Beibehaltung des gegenwärtigen Lohntarifs für mindestens drei Monate durchzusetzen wußten, sei eine neue Zeitepoche angebrochen. „Mit diesem Erfolge seien die Worte eines Karl Marx in die Tat umgesetzt worden, daß nämlich die Arbeiterschaft der Welt nichts verlieren könne als ihre Ketten, während sie die Welt gewinnen könne. Weiter sagte der radikale Führer die Zechenbesitzer hätten während der verflossenen Kohlenkrisis dem Premier Baldwin bedeutet, er solle sich von der Arena fernhalten, auf daß sie die Sache mit den Bergleuten ausfechten könnten.

„Solch ein Kampf wäre einer Revolution gleichgekommen," sagte Cook und erklärte weiter: „Die Revolution wird kommen. Ich bin für eine Revolution, die eine disziplinierte Armee hinter sich hat. Eine Revolution, die nicht nur Disziplin besitzt, sondern auch gehörig organisiert ist und ein Ziel vor sich hat und sich darüber klar ist. Eine Revolution, in welcher der Geist des Volkes sich frei hält von dem schrecklichen Fluche der Nörgelei und Gleichgültigkeit."

Die britische Kommunistenpartei hat an die nationale Arbeiterpartei und an den Generalrat des Gewerkschaftskongresses ein Schreiben gerichtet, worin erklärt wird, die Mächte der Reaktion seien entschlossen, die Arbeiter zur Unterwürfigkeit zu zwingen oder zu zermalmen, wobei sie sich des Heeres und der Flotte bedienen wollten. Um dies abzuwenden, wendet sich die Kommunistenpartei an die gesamte Arbeiterschaft um Mithilfe. Bezugnehmend auf den jüngsten Sieg der britischen Bergleute erklärt das Manifest, jenes Paroli gegen die Raubgier der Kapitalisten habe letzteren die Ueberzeugung beigebracht, daß Militär unterstützt von Faszistenorganisationen in Bereitschaft gehalten werden müsse, um die Arbeiter wie Hunde niederzukugeln, falls sie sich den Geboten des Kapitalismus widersetzen. Um hiergegen Vorkehrungen zu treffen, fordert die Kommunistenpartei die Arbeiterpartei und die Gewerkschaften auf, eine Propaganda unter den Mannschaften des Heeres und der Flotte einzuleiten. Hierbei müsse, wie es in dem Kommunistenschreiben heißt, den Soldaten und Matrosen gezeigt werden, daß die kapitalistischen Ausbeuter Heer und Flotte für ihre mörderischen Zwecke benützen möchten, auf daß sie in ihrem Reichtum schwelgen können, während die Arbeiter, Väter und Mütter, Brüder und Schwestern der Soldaten und Matrosen elendiglich darben müssen.

Gleichzeitig erregt eine Rede des Laboriten-Abgeordneten James Stewart großes Aufsehen, worin dieser erklärte, die Regierung mache sich für einen bitteren Konflikt im Mai, zu welcher Zeit das Subventionskompromiß erlischt, bereit. Das Land möge sich dann Zuständen gegenüber gestellt sehen, die einem Bürgerkrieg nahe kämen. Alles hänge davon ab, wie die Truppen, welche die Regierung jetzt schon in Bereitschaft bringe, sich verhalten werden.

Norwegen.

Norwegen feierte die formelle Besitzergreifung der Inseln von Spitzbergen, oder Svalbard, welcher Namen ihnen von den alten Wikingern bei deren Entdeckung im Jahre 1194 gegeben wurde. Mit der Uebernahme der Hoheitsrechte über diese Halbinsel im arktischen Meer mit der in Paris am 9. Februar 1920 unterzeichneten Spitzbergen-Vertrag in Kraft, der in Gemäßheit einer Entscheidung des Obersten Rates der Alliierten diese Inseln Norwegen zugewiesen hatte.

Norwegens Hoheitsrechte fürden in Longyear Vallen, an der Advent-Bai gelegen, der größten Niederlassung Spitzbergens, inaugeriert, woselbst Justizminister Paal O. Berg die Verkündigung der Besitznahme verlas, worauf die norwegische Flagge gehißt wurde. Eine Abteilung vom Regierungs-Patrouillenboot „Hemdal" bildete eine Ehrengarde und das Boot gab Salutschüsse ab. Es wurde hierauf die Nationalhymne gesungen und ein Gebet für Norwegen zum Himmel geschickt.

Minister Berg erklärte Spitzbergen als norwegisches Gebiet, den norwegischen Gesetzen und der norwegischen Rechtsprechung unterworfen. Vizepräfekt Lassen vom Justizministerium übernahm hiermit sein Amt.

Der Tag wurde in ganz Norwegen mit Beflaggung der Städte und Abgabe von Salutschüssen auf den Festungen gefeiert. Premier Mowinckel erließ in Oslo eine Bekanntmachung, daß die Besitzergreifung von Svalbard den 14. August zu einem geschichtlich ereignisreichen Tage stemple.

Rußland

In den Kreisen des Außenhandelskommissariats und des staatlichen Trusts „Exportchleb", der das Monopolrecht für die Getreideausfuhr besitzt, sieht man nicht ohne Sorgen der Verwertung der kommenden Ernte entgegen. Wenn es auch feststeht, daß die Ernte eine Stärkung der russischen Wirtschaft darstellt, so ist man sich doch klar darüber, daß die Frage, inwieweit die russische Wirtschaftsorganisation in der Lage ist, der schwierigen Probleme Herr zu werden, entscheidend ist für die Beurteilung des ganzen Systems und für das Ansehen der Räteregierung auf dem flachen Lande. Infolge der günstigen Ernteaussichten sind die Getreidepreise im Inland bereits im Sinken begriffen. Die Räteregierung muß aber bestrebt sein, dem Bauer, der kein Verständnis für das Außenhandelsmonopol hat, einen Preis für den Verkauf des Getreides zu bieten, der ihm die Möglichkeit gibt, sich die fehlenden Maschinen und Bedarfsartikel aus dem Ertrag der Ernte zu beschaffen. Der Staat ist vorderhand weder im Besitz der Geldmittel, um die gesamte Ernte zu guten Preisen aufzukaufen, noch im Besitz der Maschinen, um den Bedarf der Landwirtschaft zu decken. Die Regierung bemüht sich deshalb, das Privatkapital in Rußland und ausländisches für die Verwertung der Ernte heranzuziehen. Die internationale Lage ist freilich für große Kreditgeschäfte nicht gerade günstig. Das gibt auch das amtliche Organ des Außenhandelskommissariats „Wnjeschnaja Torgowlja" zu, indem es feststellt, daß der Boykottversuch des Auslandes die Beschaffung von Krediten für die Einfuhr und die Bevorschussung der Ausfuhr aus Rußland sehr erschweren. Es wird aber hinzugefügt, daß bereits Getreideabkommen in letzter Zeit mit englischen und deutschen Firmen zustandegekommen sind. Da die Ernte in den Getreide beziehenden Ländern Europas, in Deutschland, Italien und Frankreich, die vor dem Kriege fast zwei Drittel des russischen Getreides abnahmen, durchschnittlich über mittel ist, muß man mit einer sehr verminderten Aufnahmefähigkeit dieser Länder rechnen, und die russische Getreideausfuhr muß sich hauptsächlich nach England, Skandinavien und den Balkanstaaten wenden. Wenn man hoffen kann, daß die notwendigsten Mittel für den Ankauf der Erntevorräte aufgebracht werden können, so ist jedoch nicht zu sehen, inwieweit es gelingen wird, die rechtzeitige Versorgung der Bauern mit Industrieerzeugnissen sicherzustellen.

Nach Berichten aus Moskau kam Leon Trotzky wieder zu Macht. Der ehemalige Kriegskommissar ist zum Vorsitzenden des Wirtschaftsrates ernannt. Politische Kreise hatten erwartet, daß Trotzky wieder eine einflußreiche Stellung erhält. Wie man hier glaubt, wird Trotzky auf seinem neuen Posten seine Tatkraft und Fähigkeit der Aufgabe widmen, Rußlands wirtschaftliche Verhältnisse zu bessern. Im Mai kehrte Trotzky nach Moskau zurück, nach einer Verbannung im Kaukasus wegen seiner Auflehnung gegen die Diktate des starren Bolschewismus. Für eine sogenannte Probezeit wurde ihm ein geringerer Posten bei der Regierung verliehen.

Unter einem soeben veröffentlichten Staatsdekret ist das Sammeln politischer und wirtschaftlicher Informationen, die als Staatsgeheimnis gelten, mit Gefängnis bis zu 3 Jahren, ja selbst mit dem Tod strafbar, falls diese Informationen an das Ausland weiter gegeben oder zu gegenrevolutionären Zwecken Verwendung finden und dadurch den staatlichen Interessen ernsten Schaden zugefügt werden sollte. Dieses Dekret richtet sich in erster Linie gegen jeden Versuch, der Konzessions-Politik der Regierung dadurch ernste Schwierigkeiten zu bereiten, daß im Ausland falsche Vorstellungen über die tatsächlichen wirtschaftlichen Zustände in der Sowjet-Republik geweckt werden.

Basin, der Geschäftsleiter des lokalen Zweiges des Textil-Syndikats in Swerdlowsk (früher Jekaterinenburg), und Vargasow, der technische Leiter des letzteren, sind im Distriktsgericht zum Tode verurteilt worden. Sie waren beschuldigt, private Geschäftsleute vor den staatlichen kooperativen Gesellschaften in der Verteilung von für Sibirien bestimmte Textilwaren bevorzugt zu haben. Auch wurde ihnen zur Last gelegt, von Geschäftsleuten Bestechungsgelder angenommen zu haben.

Polen.

Seit 11. August finden Manöver der polnischen Kavallerie an der russischen und solche der Fußtruppen an der deutschen Grenze statt. Die Kavalleriemanöver bei Brody in Ostgalizien, an denen 12 Kavallerieregimenter, sowie Genietruppen, Flugzeuge, Panzerkraftwagen usw. teilnahmen, sind jetzt beendet. Der andere Teil der Manöver wird in der Gegend von Thorn am 18. und 19. August abgehalten. An ihnen werden zwei Divisionen teilnehmen. Die oberste Leitung aller Manöver befindet sich in den Händen des Chefs des Generalstabes, General Haller. Vertreter Frankreichs, Englands, Italiens, Rumäniens, der Tschecho-Slowakei, Südslawiens, Lettlands und Estlands sind anwesend.

Ver. Staaten

Die Verhandlungen zwischen den belgischen und amerikanischen Schulden-Tilgungs-Kommissaren haben damit ihr Ende erreicht, daß sie sich auf ein Abkommen einigten, nach dem die Vereinigten Staaten auf alle Zinszahlungen für die Darlehen verzichten, die Amerika an Belgien während des Krieges mit Deutschland gegeben hat. Die in Frage kommende Summe stellt sich auf $171,000,000, die in einem Zeitraum von 62 Jahren, dem gleichen Termin für die Rückzahlung der seitens England kontrahierten Kriegsschulden in Amerika, zinsfrei zurückgezahlt werden. Schatzamts-Sekretär Mellon und Senator Smoot aus Utah standen an der Spitze der amerikanischen Kommission und waren am Montag mit Präsident Coolidge in Plymouth, Vt., in Beratung, um dessen Sanktion zu den schwebenden Vorschlägen zu erlangen.

Zwar hatte sich die belgische Schulden-Tilgungs-Kommission darauf kapriziert, daß diese $171,000,000 Schulden während der aktuellen Kriegszeit mit deutschen Reparationszahlungen beglichen werden sollten, wie dies die Alliierten dem „poor little Belgium" hoch und heilig versprochen hätten, so daß es nun mit gutem Recht darauf pochen dürfte. Die amerikan. Kommissare winkten aber energisch ab, da Amerika an solcher Vorgaukelei nie beteiligt gewesen wäre. Wohl oder übel aber mußten sich die Amerikaner doch dazu verstehen, auf eine Verzinsung dieser $171,000,000 gänzlich zu verzichten, um die Verhandlungen nicht in die „Brüche" gehen zu lassen, sondern zu einem beide Teile zufriedenstellenden Abschluß zu bringen.

Japan.

Schwere Regenstürme gingen über verschiedene Teile Japans nieder und große Gebiete sind überflutet. Mehrere Leute sind ertrunken. Der Schaden wird auf 15 bis 20 Millionen Yen (6 bis 8¼ Millionen Dollar nach dem Tageskurs) geschätzt. Die Städte Osaka, Kyoto und Kobu und deren Umgebung wurden von einem Taifun heimgesucht. In Osaka sind mehrere tausend Häuser überschwemmt. Der Taifun verursachte eine ausgedehnte Unterbrechung des telegraphischen und telephonischen Verkehrs, aber der Schaden, den die Bahnen und die Schiffahrt erlitten haben, ist angeblich nur gering.

Völkerbund

Ein Bericht der Sklaverei-Kommission der Völkerliga besagt, daß in mehreren mohammedanischen Staaten Asiens, besonders auf der arabischen Halbinsel, einschließlich des Königreichs Hedschas, die Sklaverei öffentlich betrieben werde und viele Mädchen, die aus dem fernen Osten nach Mekka pilgern, in Sklaven gemacht werden.

Die Kommission empfiehlt allgemeine Abschaffung des gesetzlichen Standes der Sklaverei und Freilassung jedes Sklaven ohne Geldentschädigung. Es wird der Vorschlag gemacht, einen Zentralpunkt zu bestimmen, wohin alle freigelassenen Sklaven gesandt werden sollen, bis sie in ihre Heimat befördert werden können; auch wird empfohlen, das Recht der Verfolgung von Sklavenhändlern zu erweitern.

Um dem Mißbrauch von Zwangsarbeit, die nur eine verschleierte Form der Sklaverei ist, vorzubeugen, empfiehlt die Kommission der Völkerliga das Verbot von Zwangsarbeit, außer für öffentliche Banten, für welche jedoch entsprechende Bezahlung zu leisten sei.

Die Ernte in der deutschen Wolgarepublik

Ueber die Ernteaussichten in der deutschen Wolgarepublik berichten die „Nachrichten" in Pokrowsk, daß die Ernte zwar lange nicht so gut ausfalle, wie man gehofft habe, woran die Tatsache schuld sei, daß man keine reinen und vor allen Dingen keinen gebeizten Samen gehabt habe. Dennoch werde eine Mittelernte erzielt, und das Gebiet werde nicht nur mit Brot und Saat ausreichen, sondern auch noch eine Million Pud verkaufen können. Das gebe die Möglichkeit, sich wenigstens notdürftig zu kleiden, und vor allem das Wirtschaftsgerät wieder einigermaßen herzustellen, sowie den notwendigen Viehbestand anzuschaffen. Vor allen Dingen müßte dabei darauf gehört werden, weniger Pferde und stattdessen als Zugkraft anzuschaffen, sondern mehr Traktoren. Allerdings müßten die Bauern mehr Sinn für eine gemeinsame Bearbeitung des Landes haben und sich zu Genossenschaften zusammenschließen. Auch die Gemüsefelder schienen einen guten Ertrag zu versprechen, so daß wieder mehr Schaffens- und Lebenslust im Bauerntum herrsche. Man könne die Freude begreifen, sich endlich nach Jahren wieder einmal an Brot satt essen zu können!

Allerdings ist, wie aus einer gleichzeitigen Nachricht des Blattes hervorgeht, das deutsche Bauerntum der deutschen Wolgarepublik stark verschuldet. Allein der Kanton Kamenka schuldet dem Staate über 300,000 Pud Getreide, was rund 360,000 Rubel ausmacht, wozu dann noch 150,000 Rubel Schulden für Erhaltung des Viehs kommen. Zwar scheine es auf den ersten Blick, als ob die Bauernwirtschaften aus der zu erwartenden Ernte ihre Schulden größtenteils zurückzahlen könnten, doch sei dabei zu bedenken, daß die meisten Schulden auf den kleinsten Bauernwirtschaften lägen und diese schwachsten Bauern müßten geschont werden. Deshalb wird verlangt, daß nur die Samenvorschüsse des Jahres 1923 jetzt vom Staate zurückverlangt werden sollen, während die Samenvorschüsse für die Jahre 1924 und 1925 erst in drei Jahresraten, beginnend vom Jahre 1926 an, eingezogen werden sollen.

Ueber die Wirtschaft der reichsdeutschen Konzessionare in der deutschen Wolgarepublik wird berichtet, daß das Getreide auf den Feldern der Gesellschaft sehr gut stehe und sich scharf von den Feldern der angrenzenden Bauern abhebe. Die Gesellschaft hat in den Kantonen Fedoromka und Krasny Kut 25,000 Dessjatinen Land auf 36 Jahre gepachtet, das früher Großgrundbesitzern gehörte. Innerhalb von vier Jahren soll die ganze Fläche mit Getreide bestellt sein. In diesem Jahre sind 2,700 Dessjatinen angesät worden. Es herrscht ausschließlich Maschinenbetrieb mit aus Deutschland bezogenen Maschinen, und es wird anerkannt, daß es sich um einen Musterbetrieb handelt.

Rasch spannt die Jugend ihren Bogen —
Sie hat ja noch der Pfeile viele;
Bei jedem aber, der entflogen,
Prüft sie schon ernster ihre Ziele.
Wenn dann des Köchers Vorrat endet,
Weiß jeder wohl, was er verschwendet!

Otto Promber.

Erwarten ist meistens schöner als die Erfüllung des Wunsches und schlimmer als das bevorstehende Leid.